

Ein Propaganda-Ministerium

wird wahrscheinlich unter Dr. Goebbels geschaffen werden.

(Draht, unterer Berliner Schriftst.)

Aus dem amtlichen Bericht über die Kabinetts-Sitzung am Dienstag ist zu entnehmen, daß die Reichs-Propaganda- und Aufklärungsarbeit zu beginnen, daß mit einer politischen Propaganda auftritt. Diese Auf- klärung soll von einer neu zu errichtenden Zentralkasse ausgehen. Damit ist offenbar das Propaganda-Ministerium gemeint, dessen Er- richtung anstelle des „Reichsministeriums“ schon seit lan- gem in Aussicht genommen ist. Leiter des Mini- steriums wird voraussichtlich Dr. Goebbels werden, dem bisher der nationalsozialistische Propaganda- apparat untersteht.

Safentausch auf dem Haupte des Reichsstaats- präsidenten.

© Berlin, 7. März. (Draht.)

Auf dem Haupte des Reichsstaatspräsidenten gegen- über dem Reichstag ist am Dienstag die Safentausch- fahne gehisst worden.

Reichsminister bei Hindenburg.

© Berlin, 7. März. (Draht.)

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Dien- stag Reichsminister Dr. Brüning, Reichsminister v. Papen, Reichsminister des Innern Dr. Brüning, Reichsminister v. Brüning, Reichsminister v. Brüning und Reichsminister v. Brüning. Die Besprechung der politischen Lage.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Dienstag den Reichsminister Dr. Brüning und den Reichs- minister v. Brüning. Die Besprechung der politischen Lage.

Deutscher Protest in Stockholm.

Entscheidung des schwedischen Ministerpräsidenten.

© Stockholm, 8. März. (Draht.)

Der sozialdemokratische schwedische Ministerpräsident Hanström hat am Montagabend in einem politischen Vortrag erklärt, daß sich der Chef der schwedischen Regierung in dieser Form über die deutsche Regierung äußert. Der eine solche Politik wie Hitler macht, für den kommt der Tag, wo die Verhinderung der Gewalttätigkeit abwirft und dann vielleicht eine neue Politik.

Im Auftrag der Reichsregierung hat nunmehr der deutsche Gesandte in Stockholm, Herr v. Papen, dem schwedischen Ministerpräsidenten Hanström einen Brief übergeben, in dem die deutsche Regierung ihre Bedenken über die Haltung eines Teiles der schwedischen Presse äußert und insbesondere die Behauptungen von Wahlzettel und Provokation ernstlich zurückgewiesen.

Ein Korb für Dr. Sonnenstein.

Erwählte vom Zentrum zur NSDAP. Hindenburgwahl.

© Osnabrück, 6. März. (Draht.)

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat der Reichspräsident v. Hindenburg Dr. Sonnenstein, seinen Austritt aus der NSDAP erklärt. Nach einer Meldung der „Osnabrücker Allgemeinen Zeitung“ soll sich Dr. Sonnenstein der NSDAP, als Mitglied angeschlossen haben.

Wie von der NSDAP mitgeteilt wird, ist die Aufnahme Dr. Sonnensteins in die Partei abge- lehnt worden.

SPD-Sperre für Beamte.

Beitritt des anhaltischen Landtages.

© Dessau, 7. März. (Draht.)

Der anhaltische Landtag trat am Dienstag unter außergewöhnlichen Umständen zusammen. Sämtliche Abgeordnete, von denen die Kommunisten ausge- schlossen waren, wurden nach Dessau durchgeführt, ebenso die Vertreter der SPD. Der Landtag nahm einen Antrag der NSDAP an, monach fünfzig in Staats- beamte und Staatsangehörige nicht mehr Mitglieder der SPD zu sein. In Ermahnung dieses Beschlusses fand ein Antrag der nationalsozialistischen Partei Annahme, wonach sofort ein Gutachten des Reichs- justizministeriums in dieser Sache eingeholt werden soll.

Sozialdemokratischer Einbruch beim Reichspräsident v. Papen.

© Berlin, 7. März. (Draht.)

Der Vorstand der SPD, hat an Reichspräsident v. Papen ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Parteivorstand bereits am 28. Februar ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet hat, in dem er die SPD, mit dem Brand im Reichstag und angeblichen Terroristen in Zusammenhang gebracht wurden. Es wird weiter erklärt, daß trotzdem in einem Rundschreiben des Reichspräsidenten vom 3. März die SPD, mit kommunistischen und anarchistischen Organisationen wiedereröffnet und auf dieser Verbindung das Recht zum politischen Handeln gegen Angehörige sozialdemokratischer Parteien ausdrücklich hervorgehoben wurde. Der Vorstand erklärt in seinem Schreiben gegen diese Verbindung ent- schieden. Das Schreiben schließt mit der Bitte, zu perantstellen, daß die Angehörigen rückgängig ge- macht werden, da sie zum Schutz von Ordnung und Sicherheit in keiner Weise gerechtfertigt erscheinen.

Der polnische Rechtsbruch.

Beschwerde Danzigs beim Völkerbundskommissar wegen der starken Polen- besetzung auf der Westplatte.

Einkornwehr aufgebaut.

© Danzig, 7. März. (Draht.)

Auf Grund des polnischen Gewaltstreiches auf der Westplatte ist vom Danziger Volkssprecher ein Teil der Danziger Einwohnerwehr als Hilfs- polizei aufgebaut worden. Sie besteht zusammen mit der Schutzpolizei den Straßendienst.

Der Danziger Senat erteilt am Dienstag einen Aufruf, in dem es heißt: „Die polnische Regierung hat einen schweren Rechtsbruch gegen die freie Stadt Danzig unternommen und ohne Genehmigung des hohen Kommissars und unter Verletzung der be- stehenden Verträge auf der Westplatte eine Truppen- abteilung mit schweren Waffen gelandet. Sowohl der Senat wie der hohe Kommissar haben sofort alle er- forderlichen Schritte unternommen, um diesem schweren Rechtsbruch entgegenzutreten. Wir erwarten von der Besonnenheit der Danziger Bevölkerung, daß sie unbedingt Ruhe und Ordnung bewahrt und Aus- schreitungen vermeidet, die lediglich geeignet wären, der gerechten Sache Danzigs Abbruch zu tun.“

Schriftwechsel der beteiligten Stellen.

© Danzig, 7. März. (Draht.)

Der Danziger Senat veröffentlicht am Dienstag- vormittag den amtlichen Schriftwechsel mit dem hohen Kommissar des Völkerbundes, Kottling, über die Verletzung der polnischen Westmännlichkeit auf der Westplatte bei Danzig.

Danach hat der Danziger Senat am Montag- nachmittag eine Note an Kottling gerichtet, in der dar- auf hingewiesen wird, daß die Verletzung der West- männlichkeit auf der Westplatte nur mit Zustimmung des Völkerbundskommissars erfolgen dürfte. Es wird dann angefragt, ob diese Zustimmung erfolgt sei und welche Gründe gegebenenfalls dafür vorliegen.

Auf diese Note hat Völkerbundskommissar Kottling am Montagabend die Antwort erteilt, daß er keine Erlaubnis zur Verletzung der West- männlichkeit der polnischen Westmännlichkeit auf der Westplatte erteilt. Auf Grund dieser Antwort hat der Senat den Danziger Senat, Dr. Kottling, am Montagabend an Kottling den Antrag gerichtet:

1. Gemäß Artikel 39 des Völkerbundes-Vertrages zu entscheiden: Die polnische Regierung ist verpflichtet, auf den Verträgen beruhenden legalen Zustand und die Verletzung der Westplatte auf die vor- zuziehende Weise zurückzuführen.

2. Sofort Maßnahmen zu treffen, daß diese Hand- lung der polnischen Regierung als eine „action directe“ selbstständig wird.

Der Völkerbundskommissar Kottling hat dann noch am Montagabend an den diplomatischen Ver- treter Polens in Danzig, Dr. Kottling, ein Schreiben gerichtet, worin er unter Verweisung einer Abschrift des Schreibens des Danziger Senats

den polnischen Vertreter auffordert, die er- forderlichen Maßnahmen zu treffen, daß die fraglichen Polizei-Mannschaften unverzüglich von der Westplatte zurückgezogen werden.

da die Verletzung der Westplatte erfolgte, ohne daß die polnische Regierung vorher ein Einverständnis in dieser Richtung an den hohen Kommissar gerichtet und ohne daß dieser die erforderliche Erlaubnis gegeben hatte.

Fauler Ausreden.

© Danzig, 7. März. (Draht.)

Es braucht nicht betont zu werden, daß faulste Gründe für das Vorgehen Polens nicht vorhanden sind, da die in Danzig verbliebenen polnischen Schutz- polizei vollkommen zur Aufrechterhaltung der Sicher- heit ausreicht. Mit den „unmoralischen Elementen“, die nach der amtlichen polnischen Meldung einen An- schlag auf die Westplatte geplant haben sollen, sind angeblich Mitglieder der kommunistischen Partei ge- meint. Wie es heißt, ist in den Verhandlungen, die vor dem hohen Kommissar des Völkerbundes statt- fanden, unter Hinweis auf die Gefahren, die bei einer Explosion der auf der Westplatte lagernden Mu- nition für Danzig entstehen könnten, von polnischer Seite geltend gemacht worden, daß die Verletzung der Westplatte durch die Schüsse der Danziger Be- wohner bewirkt wurde. Ein solches Argument erscheint wenig haltbar. Vielmehr empfindet die Dan- ziger Bevölkerung das Vorgehen Polens lediglich als eine durch nichts begründete Provokation.

Nach den Abmachungen darf Polen auf der West- platte lediglich zwei Offiziere, wenige Unteroffiziere und wenig Mann unterhalten. Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit nicht um sehr viel, ob eine mehr oder weniger große zahlenmäßige Verstärkung der polnischen Besatzung auf der Westplatte erfolgt, als vielmehr um die Tatsache, daß Polen mit diesen Maßnahmen lediglich das Ziel verfolgt, Danzig Gewalt anzutun.

Polen wäre durchaus in der Lage, das Munitions- lager auf der Westplatte, das vollständig überflüssig ist, aufzugeben. Es kann in seine Munitions- vorräte in Gdynia lagern. Wenn es dennoch die Westplatte auch weiterhin beansprucht und sogar unter Verstoß gegen die Bestimmungen der Verträge, so ist das symptomatisch für das eigenmächtige Vorgehen Polens gegen Danzig, dem auf das schärfste entgegengetreten werden muß.

„Unsere Geduld ist erschöpft.“

Unbefriedigende Lage auf der Abrüstungskonferenz.

Hitler fährt nicht nach Genf.

© Berlin, 7. März. (Draht.)

In der Presse wird in diesen Tagen sehr ausführ- lich die entsetzte Anregung auf einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten oder Außenminister der Groß- mächte in Genf berichtet. Diese Anregung geht auf die persönliche Initiative des englischen Minister- präsidenten MacDonald zurück, der aus seiner Unzu- friedenheit mit dem Stöden der Konferenzverhand- lungen den Versuch unternimmt, die Arbeit der Abrüstungskonferenz wieder in Gang zu bringen. Die Entscheidung darüber, wer von deutscher Seite zu einer solchen Zusammenkunft gehen wird, ist noch nicht getroffen. Angesichts der innerpolitischen Lage dürfte die Annahme, daß der Reichspräsident selbst auf seinen Fall nach Genf fahren wird, zutreffend sein.

Für Deutschland steht die Tatsache im Vorder- grund, daß die Einmündung der Verhältnisse in Genf durchaus nicht mit unseren Wünschen übereinstimmt.

In den verantwortlichen Kreisen in Deutschland ist man schon lange mit der Atmosphäre auf der Ab- rüstungskonferenz unzufrieden. Der durch die Wieder- beteiligung Deutschlands an den Verhandlungen er- wartete Anstieg im vergangenen Herbst ist aus- geblieben.

Offenbar hat diese Unzufriedenheit auch in England Platz gegriffen und zu der Anregung Mac- donalds geführt. Bisher liegen aber weder von Eng- land, noch von Frankreich positive Aussagen vor, und es dürfte berechtigte Zweifel daran bestehen, ob Eng- land an einer derartigen Besprechung teilnehmen wird. Wenn es also dann vor allem lediglich um eine eng- lisch-französische Aussprache kommen würde, so wird sich England hoffentlich davor hüten, sich auf faule Kompromisse einzulassen.

Bei der ganzen Entwicklung der Verhältnisse in Genf darf man nicht vergessen, daß

Deutschland doch in der Abrüstungsfrage den anderen gegenüber als Gläubiger dasteht.

und die anderen als Abrüstungsschuldner erst einmal zahlen sollen, wie sie zur Abrüstung beitragen wollen.

Die vorläufiglich in diesen Tagen erteilten Ideen einer fünfjährigen oder noch längeren Ab- rüstungspause kommen für Deutschland überhaupt nicht in Frage, nachdem man uns zwölf Jahre lang hat warten lassen.

Der deutsche Standpunkt ist von dem Reichsaußen- minister v. Neurath in seinem kürzlich veröffentlichten Artikel ganz klar zum Ausdruck gebracht worden: „Unsere Geduld ist erschöpft.“

Der französische Sicherheitsplan geheißert.

Eine verkappte Intrigue.

© Genf, 7. März. (Draht.)

Das von der französischen Regierung mit so großem Nachdruck vorgelegte europäische Abkommen für gegenseitige Hilfeleistung, das in Wirklichkeit zur Stabilisierung der heutigen kontinental-europäischen Verhältnisse führen und Frankreich die gewünschten Sicherheitsgarantien geben sollte, ist am Dienstag im polnischen Ausland am Widerstand von Deutsch- land, Italien, Sowjetrußland, Dänemark, Schweden und Ungarn gescheitert.

Die Verhandlungen im Auschuß gingen von einem Vorschlag der kleinen Staaten, Frankreichs und Finnlands aus, nach dem der Auschuß grundsätzlich ein europäisches Unterhaltungsabkommen beschließen und seine Ausarbeitung einem engeren Sonderauschuß übertragen sollte.

Eden (England) erklärte, daß eine Teilnahme Englands an einem solchen Abkommen nicht in Frage komme, da der Völkerbund der Kellogg- und Locarno-Verträge bereits die äußerste Grenze der für England tragbaren europäischen Sicherheitsgarantien seien.

Der Vermittler sei der Ausdruck der Sonder- Stellung Englands.

Auch der Vertreter Hollands lehnte eine Be- teiligung ab. Der Vertreter Unkarus wies auf die

Gefahren neuer Militärbindnisse in Europa hin und verlangte den Abbruch aller europä- ischen Bündnisse.

Der Schweizer Bundesrat Molin verwarf auf die 400jährige militärische Neutralität der Schweiz, die eine Teilnahme der Schweiz an einem solchen Ver- trag unmöglich mache. Der Vorschlag der fünf Mächte wurde dann vom Auschuß mit 14 gegen 5 (Deutsch- land, Italien, Holland, Ungarn und Dänemark) Stimmen bei Stimmenthaltung Sowjetrußlands und der nichtteilnehmenden europäischen Staaten angenommen. Als der Präsident aber dann die Einlegung des vorgezeichneten Sonderauschusses für die Aus- arbeitung des Unterhaltungsabkommens vorschlug, er- hob sich zuerst der Vertreter Italiens, dann die Ver- treter Deutschlands, Dänemarks, Ungarns und Sow- jetrußlands und lebten die Teilnahme an dem Sonderauschuß ab.

Der Luftfahrt-Auschuß hat in der Frage der internationalen Luftpolizei auf englischen Vor- schlag die Einbeziehung einer Rations- auschuß überwiesen, der sich formulierte Vorschläge vorlegen soll.

Der gefährdete Dollar.

Goldsteuer in Amerika gefordert.

© Washington, 7. März. (Draht.)

Die Bundesregierung trifft Vorbereitungen für die Ausgabe von Bundesnoten, das als Vorläufer des neuen Dollargeldes gelten kann, das nicht mit Gold einlösbar sein soll. Das Notgeld wird in Form druckbarer Clearinghouse-Zertifikate herausgegeben und soll den Banken entlohnen ihrer Depositen Beträge zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck hat

die Bundesregierung die Unterbindung der Kreditlinien aller amerikanischen Banken durch das Schatzamt anordnet.

Weitere Kreise fordern Maßnahmen gegen die Gold- hammer. Es wird die Wiederentführung des Kriegsgeldes von 1917 verlangt, durch das das Gold- hammer als Bundesverbrechen erklärt wurde. Weiter wird eine Goldsteuer in Höhe von 15 v. H. ge- fordert.

Schatzsekretär Woodin hat nunmehr der Ausgabe von Notgeld, das im ganzen Lande Gültig- keit besitzt, zugestimmt. Das vom Schatzamt anneh- mende, in sämtlichen Staaten gültige Notgeld soll von den Clearinghäusern ab 10. März herausgegeben werden. Das Notgeld soll durch mündellichere Bank- einlagen gedeckt sein.

Argentinische Währung auf Frankengrundlage.

© London, 6. März. (Draht.)

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat die argentinische Regierung infolge der amerikanischen Bankentzettel die Verbindung der argentinischen Wäh- rung mit dem französischen Franken be- schlossen.

Wieder Einwohnerwehren.

© Berlin, 7. März. (Draht.)

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers sind jetzt in Danzig die ersten Ein- wohnerwehren gebildet worden. Die Gründung dieser Selbstschutzorganisationen entspricht einer Anregung, die Reichsminister Göring gegeben hat. Die Ein- wohnerwehren haben die Überwachung des Dorfes freiwillig zu übernehmen und das Eigen- tum der Dorfbewohner zu schützen. Die Tätigkeit der Einwohnerwehren erfolgt ebenso wie ihre Organisa- tion und Leitung ehrenamtlich.

70 Verurteilungen in Altona verurteilt. In der Nacht auf Montag sind während des Aufstands nach der Schließung in Altona 70 Verurteilungen verurteilt worden, die in dem dringenden Verdacht stehen, daran beteiligt gewesen zu sein.

Notetat für das Reich.

Die Vorarbeiten werden gründlich korrigiert.

© Berlin, 7. März. (Draht.)

Am 31. März läuft das Rechnungsjahr 1932 ab und damit auch die Gültigkeit des Etats für 1932, der im Wege der Notverordnung verlängert worden war. Eine Fertigstellung des Reichsetats für 1933 ist bis zum 1. April keinesfalls zu erwarten. Die bisher geleisteten Vorarbeiten haben infolge der Bedeutung verloren, als infolge des Regierungswechsels die Grundlagen des Reichsetats eine Veränderung erfahren werden. Es ist also damit zu rechnen, daß das Reich wie im Vorjahre zunächst mit einem Nothaushalt für die drei Monate April, Mai und Juni behelfen wird, in denen dann die Ausgaben weiter auf Grund des vorläufigen Etats geleistet werden. Die dadurch gewonnene Zeit wird dann dazu benutzt werden, den neuen Reichs- haushalt endgültig aufzustellen. Im vorigen Jahr wurde der Notetat ebenfalls durch Notverordnung festgesetzt. Ob man diesmal den gleichen Weg ein- schlägt oder den Notetat durch den Reichstag verabschieden lassen wird, ist noch nicht bestimmt.

Bier Marineflugzeuge abgeführt.

Sechs Japaner getötet.

© Tokio, 8. März. (Eig. Draht.)

Wie die japanische Admiralität mitteilt, sind vier japanische Militärflugzeuge abgeführt. Sechs An- gefallene wurden getötet. Zwei konnten durch Fischer gerettet werden.

Unterhaltungs-Ecke

Gold liegt auf der Straße.

In der französischen Stadt Limoges kam ein ge- ganztes Geldstück der Bank von Frankreich ins Schleudern, so daß es mit aller Gewalt gegen einen Baum gestoßen wurde. Der Wagen kippte, und die ganze Ladung, 10.000 Kilo nagefrägte 10-Franc-Stücke, ergoß sich über die Straße. Sofort wurde eine Polizei- wache herbeigerufen, die die Geldstücke wieder ein- sammelte. Im ganzen sollen nur 10 Stück von dem ganzen Bestand fehlen. Die Bürger von Limoges wer- den sicher nicht sobald wieder Gelegenheit haben, reich zu werden.

Schildbürgerstück in der Luft.

Vor einigen Tagen ereignete sich über Prag eine aufsehenerregende Ballonfahrt, die allerdings ein recht harm-loses Ende nahm. Am heftigsten Tag zeigte sich über der Stadt in ziemlich großer Höhe ein silber- angestrichener Ballon. Man vermutete sofort, daß er aus dem Ausland gekommen sein müßte. So- fort wurden vier Militärflugzeuge herbeige- rufen, um den Ballon zu verfolgen und zum Lan- den zu bringen. Die sonderbaren Kombinationen eilten sofort durch die Stadt. Am wahrscheinlichsten schien die Annahme, daß es sich um einen deutschen Ballon handelte, der das Geheiß des Kriegsmini- steriums photographieren wollte. Ein Flugzeug richtete sich ganz nahe an der geheimnisvollen Sil- berkugel heran und gab ihr Zeichen zum Landen. Wo- der konnte ein Mensch in der Gondel gesehen, noch

die Herkunft des Ballons festgestellt werden. Der Pilot gab die Verfolgung auf und meldete, daß der Ballon unbemannt sei. Darauf wurde noch ein fünftes Flugzeug entsandt, um aus nächster Nähe eine Aufnahme zu machen. Der Auftrag wurde auch ausgeführt, und dabei konnte festgestellt werden, daß sich in der Gondel vier Mann aufhielten, die sich nur spärlich über den Ballon verhielten. Das Erscheinen des Flugzeugkommandanten war groß, als er auf einen Kuffen den Ballon erblickte, daß es sich um einen Ballon der schwedischen Armee handelte, der selbst in Prag stationiert war und an diesem Tage von dem Militärfliegerplatz zu einer Übungsfahrt gestartet war.

Briefwechselwörter rettet eine Ehe.

In dem von aller Welt abgesehenen Göttem- börsen Kumbal drohte kürzlich ein kleiner Effer- luchsichstanz auf einem solenneischen Wirtshaus auszu- brechen. Da es sich nicht mehr ganz um einen, aber um einen kleinen Wirtshaus und zudem blutigen Frau. Es kann nicht wunder nehmen, daß sich als- bald ein freundlicher Nachbar einschaltete, der den effer- luchsichstanz zu führen drohte, indem er die Schöne umarmte und sie besuchte, wenn der Gatte auf Rück- fahrt war. Als der Göttembörsen Wirtshaus Treiben Kenntnis erhielt, zeigte er sich als edler Göttembörsen: Er forderte den Efferluchsichstanz zum Wirtshaus heraus. Beide Männer zogen mit Weib und Koffer aus, um diesen Handel zu erledigen. Eine große Menge be- teiligte sie. War nach dem Briefwechsel, schon drohte die Göttembörsen in das belächelte Kumbal zu geraten. Da er-

schien zu rechter Zeit der Brieger auf dem Plan. Der Göttembörsen kam noch aus der alten Zeit. Er wußte, daß die Göttembörsen Verdrüsslichkeit die Göttembörsen zu verhindern. Den Göttembörsen fuhr ein ge- döriger Schreden in die Glieder. Der Göttembörsen tat Ruhe und gelobte doch und besta, seiner Leidenschaft zu entsagen. — Ist das nicht ein woblätiger Abgang?

Astronomische Kuriositäten.

Die Schweizerische Astronomische Gesellschaft hielt in Bern eine Sitzung ab, in der sehr interessante und anregende astronomische Beobachtungen aus der letzten Zeit zur Sprache kamen. Nach verschiedenen Meldungen soll der kleine Planet „1929“ in der Nähe der Erde zusammenstoßen. Die Astronomische Gesellschaft hat zu diesen unkonkreten Mel- dungen Stellung und kam zu dem Ergebnis, daß eine genaue Beobachtung dieses Planeten überhaupt noch nicht vorliege und deshalb alle Beobachtungen über den drohenden Zusammenstoß zum mindesten verfehlt seien. Es besteht also wahrscheinlich kein An- schlag, eine Katastrophe zu befürchten und das bittre Ende der Erde zu befürchten.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Meteor- entdeckung vom 1. Januar besprochen, die von vielen Astronomen beobachtet werden konnte. Das Meteor erschien in der Gegend von Nizza in Höhe von unge- fähr 120 Kilometer. Nach 300 Kilometer langer Bahn verlor es sich in der Nähe des italienischen Ortes Domodossola. Der Himmelstörper bewegte sich mit einer Geschwindigkeit von etwa 60 Kilometer pro Sekunde. Der Kopf des Meteors war hellgrün, der Schweif rot und grün-blau.

Meteorite sind wie die Sternschnuppen kleinere Himmelskörper, die in ihrem Lauf die Bahn der Erde kreuzen. In einigen Fällen vermögen sie infolge ihrer großen Geschwindigkeit auf der Erdoberfläche zu verschwinden, in anderen Fällen lösen sie sich in

der Atmosphäre aus, bevor sie die Erde erreichen. Nur die wenigen fallen als große Himmelskörper auf die Erde. In einer Reihe von Fällen ist die Erdatmosphäre schon so dicht, daß die kleinen Meteore zum Glänzen bringen. Abgelagerte glühende Teile des Meteors bleiben wegen ihres größeren Widerstandes zurück und bilden den Schweif. Die Farbe des Schweifes läßt auf seine chemische Beschaffenheit mit Hilfe der Spektroskopie schließen. Ein Beispiel: Der Meteor von Nizza war in zwei bis vier sekündliche Glühungen in verschiedenen Orient der Erde und Italiens beobachtet worden. Eine Detonation wurde aber dabei nicht gehört. Bei der Untersuchung von Meteorereischnitten ist die Astro- nomische Gesellschaft in weitgehendem Maße auf die Unterstützung des Publikums angewiesen.

Spekulation auf Poeten.

Niemand wird behaupten wollen, daß literarische Interessen das besondere Kennzeichen des Lebens in Chicago seien. Aber gerade, weil die Leute von Chicago von der Literatur am allerwenigsten gepöbel werden, verdient der Ball eines hiesigen Literatu- teurs bemerkt zu werden, der durch öffentliche An- zeigen arme Dichter und Romanistiker der Stadt aufforderte, ihre Manuskripte in seinem Lokal einzu- legen. Es sollte sie keinen Wagnis kosten, er würde vielmehr gern auf die Besichtigung warten, bis seine schriftstellerische Kundschafft käuflich für ihre Manu- skripte gefunden hätte. Vielleicht ereignet sich der frei- geübte Literat als ein guter Propaganda auf die Zukunft spekuliert. Kommt doch aus Chicago gleichzeitig die Kunde, daß die Wirtschaftslage zum Wenden sei und daß die Amerikaner zum Wiederaufbau literarischen Interesses sich gerade schmeicheln für die Schriftsteller, aber sie werden sich ihr gut und gern abfinden, es ist schließlich gleich, aus welchem Grund die Leute zu den Büchern greifen.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

